

## **Anträge zum Nachtragshaushalt 2025**

### **1. Investitionsprogramm:**

**711330000307 Grunderwerb Kauf Schlüsselgrundstücke**

#### **Antrag SPD und ULiP**

Grunderwerb Schlüsselgrundstücke: **Antrag**: streichen. Es steht derzeit nichts in Aussicht und selbst wenn, würde der Vorgang sicherlich nicht bis Ende des Jahres realisiert werden. In den neuen Haushalt mit ausreichend Mitteln wieder einstellen.

Ein gewisser Mindestbetrag sollte vorhanden sein um z.B. Grundstücke auch noch 2025 in kleinerem Umfang kaufen zu können. Gerade Grundstücksangelegenheiten können auch kurzfristig auftreten. Schlüsselgrundstücke tauchen in allen Ortsteilen und für viele Zwecke auf.

**2025 streichen und 2026/2027 wieder Mittel einstellen**

**2025 – 150.000 €**

***Antwort der Verwaltung: für den Grunderwerb für z.B. Grundstücke in geplanten Gebieten (Hummelberg, Sonnenberg-Saalbusch...) und in Bereichen die für die Gemeinde notwendig sind (z.B. Baumaßnahmen, Gehwegbereich...) muss ein bestimmtes Budget zur Verfügung stehen um Handlungsfähig zu sein, wenn Grundstücke angeboten werden. Es müssten daher noch 50.000 € im Ansatz bleiben.***

**2025 -100.000 €**

**751100101524 Verbindung Bürgerhaus**

#### **Antrag SPD und ULiP**

Verbindung Bürgerhaus: **Antrag**: streichen. Wird in diesem Jahr sicherlich nicht mehr realisiert.

**2025 ff. streichen**

**2025 – 67.500 €**

***Antwort der Verwaltung: das war eigentlich der Ansatz für den Abriss des Gebäudes Hauptstraße 66, dieser Ansatz muss in zweierlei Hinsicht korrigiert werden, zum einen gehört der Ansatz auf 751100101522 Abbruchmaßnahmen und müsste statt 67.500 €, 80.000 € lauten.***

**2025 +12.500 €**

**736500104501 Erweiterung/Neubau Hort Söllingen**  
**Antrag SPD und ULiP**

Neubau Hort Söllingen: **Antrag: 1,1 Mio** werden sicherlich nicht mehr in diesem Jahr abfließen, somit streichen und in die nächsten Jahre verschieben.

**2025 – 1,1 Mio €**

***Antwort der Verwaltung: für die Endabrechnung der Hortcontainer müssten noch insgesamt 550.000 € im Ansatz bleiben.***

**2025 - 800.000 €; 2026 +800.000 €**

**751100101301 Bahnhofstr. 7**  
**Antrag SPD und ULiP**

Bahnhofstr. 7: Antrag: Verkauf. Ist aufgrund von gravierenden Brandschutzmängeln nicht für Heimatverein geeignet (zu viel Holz)

**Ansätze 2026 ff. mit insgesamt 378.000 € streichen**  
**Dafür Einnahmen für Grunderwerb einstellen.**

***Antwort der Verwaltung: Grundsatzdiskussion über das Sanierungsgebiet im Rahmen des Haushalts 2026/27***

**2. Ergebnishaushalt:**

**30130000 Gewerbesteuer**

**Antrag SPD und ULiP**

Gewerbesteuer: Grundsteuer für Gewerbestandteile wurde mit der Grundsteuerreform in den meisten Fällen günstiger. Deshalb Gewerbesteuer auf Prüfstand stellen.

**Antrag: Verwaltung soll den GR über die eingetragene Grundsteuer für Gewerbestandteile 2025 im Vergleich zu 2024 informieren und anschließend die Höhe der Gewerbesteuer auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen setzen.**

**33210000 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte**

**Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen**

Die Grüne Fraktion beantragt von der Verwaltung, ein Konzept für ein Parkraummanagement in Pfinztal zu erarbeiten, um ca. 360.000.-€ bis 500.000.-€ an Einnahmen für die Gemeinde zu generieren.

Damit könnte beispielsweise der gestrichene Ansatz für Hochwasserschutz am Bocksbach finanziert werden. Hier geht es um Daseinsvorsorge der Anrainer.

Um die Genehmigungsfähigkeit des Haushalts für die nächsten Jahre zu ermöglichen, werden leider auch zukünftig unpopuläre Maßnahmen unabdingbar.

Die hohen Investitionskosten durch die Baumaßnahmen für die PKW-Unterführung am Bahnübergang Söllingen wirken sich – wie es voraussehbar war - neben externen Faktoren katastrophal für Pfinztals Haushaltslage aus.

#### **4000000 Personalaufwendungen**

Aufwandsentschädigungen der Gemeinderäte

##### **Antrag der AFD**

Der Gemeinderat beschließt bis zu einem positiven Haushalt die Aufwandsentschädigungen auszusetzen und damit etwa 61.000€ pro Jahr einzusparen.

Begründung: Für den steuerabführenden Bürger ist es schwer nachvollziehbar, warum weiterhin öffentliche Mittel für die Aufwandsentschädigungen von Gemeinderäten aufgebracht werden, die mitverantwortlich für die derzeitige finanzielle Lage der Gemeinde sind.

Für den steuerabführenden Bürger, die durch ihre Steuerzahlungen das öffentliche Gemeinwesen finanzieren, stellt sich zunehmend die Frage nach der gerechten Verwendung dieser Mittel. Besonders kritisch wird die Bereitstellung öffentlicher Gelder für die Aufwandsentschädigungen von Gemeinderäten (Politikern allgemein) betrachtet – insbesondere dann, wenn diese mitverantwortlich für die katastrophale finanzielle Lage der Gemeinde sind.

Die Nachvollziehbarkeit solcher Ausgaben gerät zunehmend in den Fokus der öffentlichen Diskussion: Während Bürgerinnen und Bürger verstärkt mit Steuererhöhungen und Einschränkungen zu kämpfen haben, erscheint die fortgesetzte finanzielle Unterstützung jener, die an der Gestaltung der aktuellen Situation maßgeblich beteiligt sind, widersprüchlich. Dies führt nicht nur zu berechtigtem Unmut, sondern auch zur grundsätzlichen Frage des Verantwortungsbewusstseins öffentlicher Entscheidungsträger auf.

**2025 ff. – 61.000 €**

#### **42710004 Präsentationen, Bewirtung**

##### **Antrag der AFD**

Position	42710004 Präsentationen, Bewirtung
HH-Teil	Gesamtergebnishaushalt
Einsparung	14.700 €

Der Gemeinderat beschließt bis zu einem positiven Haushalt die Auftakt-, Abschluss- und Weihnachtsfeieressen sowie die Verpflegung für den Gemeinderat und die Bewirtung von Besprechungen auszusetzen.

Begründung: In den vergangenen Jahren haben viele Unternehmen ihre Ausgaben für Bewirtung und Verpflegung bei Besprechungen reduziert oder vollständig gestrichen – in der Regel aus wirtschaftlichen Gründen. Die steuerliche Absetzbarkeit solcher Kosten ist oft begrenzt und mit

erheblichem Verwaltungsaufwand verbunden, was zu einer kritischen Neubewertung der Notwendigkeit dieser Ausgaben führte.

Für die Bürgerinnen und Bürger, die durch ihre Steuerzahlungen das Gemeinwesen finanzieren, entsteht dabei ein Spannungsfeld: Einerseits werden sie mit immer höheren Steuern belastet und von ihnen Verzicht erwartet, andererseits müssen sie mitansehen, wie bestimmte Gruppen weiterhin von diesen Mitteln profitieren. Dieser Widerspruch ist schwer vermittelbar und wirft grundsätzliche Fragen zur gerechten Verteilung öffentlicher Mittel auf.

**2025 ff. -14.700 €**

#### **44290001 Mitgliederbeiträge**

##### **Antrag der AFD**

#### Mitgliedsbeitrag Gemeindetag BaWü

Position	44290001 Mitgliederbeiträge
HH-Teil	Gesamtergebnishaushalt
Einsparung	75.900 €

Der Gemeinderat beschließt den Mitgliedsbeitrag Gemeindetag BaWü zu kündigen.

Begründung: Der Gemeindetag Baden-Württemberg nimmt für sich in Anspruch, die Interessen der Städte und Gemeinden zu vertreten und politische Entscheidungsprozesse auf Landes- und Bundesebene aktiv mitzugestalten. Doch trotz dieser offiziellen Aufgaben bleibt die finanzielle Situation zahlreicher Kommunen des Landes besorgniserregend – ein Zustand, der sich über Jahre hinweg weiter verschlechtert hat.

Die offenkundige Finanzkrise, in der sich fast alle Gemeinden befinden, wirft Fragen über die Effektivität und den tatsächlichen Nutzen des Verbandes auf. Wenn die Mitgliedschaft keinen messbaren Beitrag zur Bewältigung dieser Herausforderungen leistet, stellt sich die berechtigte Frage, ob die fortlaufenden Mitgliedsbeiträge eine sinnvolle Investition darstellen. Stattdessen könnten diese Mittel gezielt in dringend benötigte kommunale Aufgaben fließen – insbesondere in Zeiten, in denen Gemeinden gezwungen sind, drastische Einsparungen vorzunehmen.

**2025 ff. -79.500 €**

***Antwort der Verwaltung: Die Beiträge umfassen nicht nur den Gemeindetag, sondern auch andere Institutionen wie z.B. die KGSt. Die Verwaltung prüft die Mitgliedschaften stetig und kündigt ggf. auch wenn diese keinen Nutzen mehr bringen. Gerade der Gemeindetag liefert täglich jedoch Infos zu Gesetzesänderungen, Vorhaben, liefert Arbeitshilfen usw. die unerlässlich sind. Verliert die Kommune diese Informationsquelle so ist sie quasi von tagesaktuellen Informationen abgeschnitten. Ebenso auch von Sitzungsmustern, Vergleichsringen zu anderen Kommunen und Beratungsleistungen z.B. bei Gebühren, Satzungen. Wie dies kompensiert werden könnte ist fraglich, da die direkten Wege von Ministerien bis zu den Kommunen meist länger dauern und nicht immer die Informationsqualität bieten wie der Gemeindetag. Ebenfalls sind auch die Gemeinderäte direkt betroffen, da keine GT-Info mehr abonniert oder Fortbildungen besucht werden können. Daher raten wir von einer Kündigung ab. Ähnliches gilt für die Mitgliedschaft in der KGSt. Andere Mitgliedschaften werden ggf. dann gekündigt oder dem Gremium zur Entscheidung vorgelegt, wenn sich kein Nutzen mehr bietet.***

## 42710002 Veranstaltungsaufwand

### Antrag der AFD

Veranstaltungen für die Öffentlichkeitsarbeit

Position	42710002 Veranstaltungsaufwand
HH-Teil	Gesamtergebnishaushalt
Einsparung	? €

Der Gemeinderat beschließt den Posten „Veranstaltungsaufwand für Öffentlichkeitsarbeit“ zu streichen. Da dieser Posten nicht separat in der Antwort der Gemeinde ausgewiesen wurde, muss die Einsparung noch nachträglich durch die Verwaltung benannt werden.

Begründung: Digitale Plattformen und soziale Medien bieten mittlerweile effiziente und kostengünstige Möglichkeiten, Bürgerinnen und Bürger umfassend zu informieren und aktiv einzubinden – ohne die Notwendigkeit hoher Veranstaltungsbudgets.

Angesichts der angespannten finanziellen Lage der Gemeinde ist eine gezielte Priorisierung der verfügbaren Mittel unerlässlich. Die Streichung dieses Postens trägt dazu bei, Ressourcen gezielt für essenzielle kommunale Aufgaben wie Bildung oder soziale Infrastruktur einzusetzen und damit den nachhaltigen Nutzen öffentlicher Gelder zu optimieren.

2025 ff. - ??

**Antwort der Verwaltung: Zu den Aufgaben einer Gemeinde gehört auch die Repräsentation und Darstellung nach Außen. Zum Veranstaltungsaufwand gehören auch Ausgaben für Bürgerinformationsveranstaltungen, Einwohnerversammlungen u.ä.. Auch digitale Formate benötigen ein Budget z.B. für Moderation, Einrichtung der Technik o.ä. Eine komplette Streichung ist daher nicht möglich.**

## 42710003 Ehrungen

### Antrag der AFD

Position	42710003
HH-Teil	Gesamtergebnishaushalt
Einsparung	15.800 €

Der Gemeinderat beschließt den Posten „Ehrungen“ um 2/3 zu kürzen.

Begründung: Öffentliche Mittel sollten vorrangig für essenzielle kommunale Aufgaben wie Infrastruktur, Bildung und soziale Dienste eingesetzt werden, um die grundlegende Versorgung und Entwicklung der Gemeinde sicherzustellen. Vor diesem Hintergrund können Ehrungen, insbesondere wenn sie mit Veranstaltungskosten verbunden sind, als nachrangige Ausgaben betrachtet werden. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten könnte es für Bürgerinnen und Bürger schwer nachvollziehbar sein, warum Ehrungen weiterhin finanziert werden, während gleichzeitig in anderen **Bereichen Einsparungen vorgenommen werden.**

2025 ff. - 15.800 €

**Antwort der Verwaltung: Einerseits besteht der Ehrenordnung der Gemeinde Pfinztal die Verpflichtung diese durchzuführen. Andererseits gibt es immer wieder Bereiche und Anlässe an denen Seitens der Gemeinde Ehrungen notwendig werden. Beispielsweise auch wenn Seitens des Landes eine Ehrung ansteht die von der Bürgermeisterin vollzogen werden, erhalten die Geehrten zumeist auch von der Gemeinde noch ein kleines Präsent (z.B. Blumenstrauß). Des Weiteren werden auch Ehrungen von Ehejubilaren u.a. durchgeführt. Ebenso enthalten sind Ehrungen z.B. bei Ausscheiden aus dem Gemeinderat, Ehrungen von Vereinen bei Jubiläen, Ehrungen bei Beerdigungen und viele weitere Anlässe bei „denen es sich gehört“ die Personen entsprechend zu würdigen.**

**42710005 Medien für Bücherei**

**Antrag der AFD**

Position	42710005
HH-Teil	Gesamtergebnishaushalt
Einsparung	11.867 €

Der Gemeinderat beschließt den Posten „Medien für Bücherei“ um 2/3 zu kürzen.

Begründung: Laut Angaben des Statistischen Bundesamtes\* lag der Durchschnittspreis für neu erschienene Bücher im Jahr 2020 bei 27,85 Euro. Auf Basis dieses Preises könnten mit dem derzeitigen Budget von 17.800 Euro jährlich etwa 639 Bücher angeschafft werden. Selbst nach einer Kürzung der Mittel wäre es weiterhin möglich, rund 213 Bücher pro Jahr zu erwerben.

Diese Zahlen verdeutlichen, dass auch mit einem reduzierten Budget eine gezielte Investition in neue Bücher möglich bleibt, während gleichzeitig finanzielle Ressourcen für andere dringende kommunale Aufgaben freigesetzt werden können.

**2025 ff. - 11.867 €**

**Antwort der Verwaltung: Zu den Medien gehören nicht nur Bücher. Wie die Bücherei in einer der letzten Sitzung dargestellt hat, umfasst das Angebot mehr als nur den Verleih gebundener Bücher. Die Palette der Medien umfasst sowohl Bücher als auch Zeitschriften, DVD's, CD's, Onlineangebote, Tonies, TipTois für Kinder und vieles mehr. Hier ist der Durchschnittspreis für Bücher nicht ausschlaggebend. Die Bewirtschaftung der Mittel erfolgt sehr sparsam und zielgerichtet. Die Zahl der Kunden in der Bücherei wächst stetig. Es sind knapp 27.000 Medien im Bestand und im Jahr 2024 erfolgten rund 59.000 Entleihungen. 2024 erfolgten mmit 17.800 Euro 1.045 physische Neuanschaffungen und Lizenzen für digitale Medien. Insbesondere um ein niederschwelliges Bildungsangebot für jedermann anbieten zu können ist eine Kürzung nicht zu empfehlen, desweiteren wäre dann zu prüfen inwiefern Verträge für Lizenzen u.ä. überhaupt noch zu bedienen wären. DeFacto könnte die Kürzung dazu führen, dass keine oder nur noch wenige Neuanschaffungen mehr getätigt werden können da lediglich noch die Onlinelizenzkosten bedient werden könnten. Ebenfalls müsste die Leseförderung ggf. in Frage gestellt werden. Zu den Aufgaben und den Umfang der Bücherei wird weiter auf die Präsentation im FA vom 08.04.2025 verwiesen.**

### **3. Haushaltsstruktur:**

#### **Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen**

Strukturelle Haushaltsprobleme sollen parallel zu kurzfristigen Maßnahmenkatalogen angegangen werden. Dafür könnten Kooperationen mit Nachbargemeinden wie zum Beispiel Walzbachtal oder Karlsbad geprüft werden, um Synergie-Effekte auszuschöpfen, die Einsparungen für den Haushalt erbringen und für Entlastung der Mitarbeitenden kommunaler Verwaltungen sorgen (Kooperationen und Zusammenführungen bezüglich z.B. Feuerwehren, Digitalisierung, Parkraummanagement, ...)